CONFINDUSTRIA

BDI
The Voice of German Industry

6. Business Forum

Confindustria - BDI

Bozen, 13.-14. Oktober 2016

Gemeinsame Erklärung

Zu einem Zeitpunkt, da Europa nicht in der Lage scheint, der Sehnsucht der Bürger nach Schutz, Sicherheit und Wohlstand mit konkreten Ansätze zu begegnen, sind die Industrieverbände Deutschlands und Italiens, BDI und Confindustria, anlässlich des 6. italienisch-deutschen Unternehmerforums in Bozen zusammengetroffen, um zwei zentrale Herausforderungen zu erörtern, die den Zusammenhalt Europas derzeit gefährden: die Migration sowie den Mangel an wirtschaftlichem Wachstum und Investitionen.

BDI und Confindustria sind sich einig, dass diesen Herausforderungen angesichts der Tatsache, dass der Flüchtlingsstrom nach Europa voraussichtlich anhalten wird, auf europäischer Ebene begegnet werden muss. Damit ist eine große Chance gegeben, die Kluft zwischen den europäischen Institutionen und den Bürgern zu schließen.

Das Fehlen wirksamer Kontrollen an den EU-Außengrenzen hatte zur Folge, dass zunehmend Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen eingeführt wurden. Dies gefährdet den europäischen Binnenmarkt. Wir haben ein immenses Interesse daran, den freien Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Kapital sowie von Personen zu erhalten und zu stärken. Weitere Kontrollen an den innereuropäischen Grenzen könnten für europäische Unternehmen teure Verzögerungen bedeuten. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich auf Maßnahmen verständigt, mit denen der Schutz der EU-Außengrenzen verbessert werden soll. Die deutsche und italienische Unternehmerschaft ist sich jedoch einig, dass die Verantwortung für die EU-Außengrenzen gemeinsam von der EU und den Mitgliedsstaaten getragen werden sollte. Dies würde eine wirkungsvolle und schlagkräftige Reaktion auf die Krise darstellen. Es würde andere Finanzierungsquellen erfordern und den Rückgriff auf einen gemeinsamen Finanzierungsmechanismus rechtfertigen.

Wenn wir nicht wollen, dass das Projekt Europa zerfällt, müssen wir als Unternehmerschaft Deutschlands und Italiens – zweier Gründerstaaten der Europäischen Union – dem Wunsch der europäischen Bürger nach Sicherheit, Schutz und Wohlstand mit einer positiven Antwort begegnen.

Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind die beste Antwort auf die Sorgen, dass die Globalisierung und der Zustrom von Migranten zu einem Verlust von Arbeitsplätzen und kultureller Identität führen könnten. Diese Sorgen werden noch verstärkt durch Terrorismus und Sicherheitsrisiken, internationale Konflikte, die weltweite Konjunkturflaute, hohe Arbeitslosenquoten und die Asyl- und Flüchtlingskrise.

BDI und Confindustria sind sich absolut einig, dass die Schließung unserer Grenzen und Märkte keine Lösung ist. Wir müssen den Wert der öffentlichen Gütern in der EU wiederentdecken und sie stärken: Frieden, Sicherheit, Demokratie, Wohlstand, Sozialwesen und den Binnenmarkt selbst. Ohne Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze werden uns diese öffentlichen Güter jedoch nicht für immer erhalten bleiben.

Um das Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu steigern, bedarf es umfassender Maßnahmen auf nationaler und auf EU-Ebene.

In den vergangenen zwei Jahren wurden die Konjunkturaussichten in Europa und weltweit

durch eine Reihe negativer Ereignisse wesentlich geschwächt. Die meisten Volkswirtschaften sind gefährdet und sitzen in einer Falle aus geringem Potenzialwachstum, niedriger Inflation und begrenzter Arbeitsplatzschaffung. Wir rufen unsere politische Führung auf, wirkungsvollere Maßnahmen zur Stützung von Wachstum und Beschäftigung zu ergreifen.

Wir wünschen uns einen einschneidenden Perspektivwechsel in der Wirtschaftspolitik. Dabei sollten wir mit der Zielsetzung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums beginnen und diese in realen Wirtschaftszielen ausdrücken. Hierzu müssen wir die entsprechenden Instrumente und Maßnahmen identifizieren, um finanzpolitisch auf Kurs zu bleiben.

Wir benötigen dringend höhere öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sowie mehr Anreize für Privatinvestitionen. In diesem Zusammenhang ist es vor allem auch notwendig, Privatinvestitionen durch neue steuerliche Anreize zu fördern und die steuerliche Belastung für diejenigen Unternehmen zu senken, die ihre Investitionen für neue Produktionskapazitäten erhöhen. Hierbei sollte der bekannte Abstand zu unseren außereuropäischen Wettbewerbern berücksichtigt werden. Die Finanzpolitik kann und muss solche langfristigen Wachstumsstrategien sehr viel stärker unterstützen und dazu die vorhandenen Haushaltsspielräume nutzen. Die traditionellen drei Felder der Geld-, Finanz- und Strukturpolitik müssen durch Industrie- und Innovationspolitik ergänzt werden. Da die Geldpolitik extrem expansiv ist, müssen erhebliche Anstrengungen im Bereich Strukturreformen unternommen und auch der Ausbau von institutionellen Kapazitäten, beispielsweise bei der Planung hochwertiger öffentlicher Investitionen, nachdrücklicher verfolgt werden.

Um die herkömmlichen strukturpolitischen und makroökonomischen Maßnahmen wirkungsvoll durch eine starke Industrie- und Innovationspolitik zu ergänzen, bedarf es der aktiven Beteiligung unserer Unternehmerschaft.

Damit das Projekt Europa nicht zerfällt, müssen wir, die Unternehmer der zwei wichtigsten Industrieländer der EU, an vorderster Front stehen und in der Debatte tonangebend wirken. Indem wir Wachstum und Arbeitsplätze schaffen, kann die Unternehmerschaft die Akzeptanz und Umsetzung schwieriger Maßnahmen erleichtern und Ängste sowie Irrmeinungen in Bezug auf eine weitere Integration und offene Märkte lindern.

Die Unternehmerschaft möchte eine aktive Rolle übernehmen und aufführen, was getan werden muss, damit wir unsere technologische Vorreiterstellung halten. Wir Unternehmer möchten richtungsweisend sein, indem wir der Politik geeignete Empfehlungen zu notwendigen Maßnahmen zum Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in Europa vorlegen.

Vor diesem Hintergrund verabschieden BDI und Confindustria heute einen umfassenden Wettbewerbspakt[1] für die europäische Industrie und sprechen zwölf zentrale Empfehlungen für Maßnahmen aus, die wir dringend sowohl auf bilateraler Ebene – mit Unterstützung unserer jeweiligen Regierungen – als auch EU-Ebene umsetzen sollten:

---

[1] Gemeinsame Bozener Erklärung von BDI und Confindustria, „Belebung von Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichem Zusammenhalt in Europa“. 14. Oktober 2016

1. die Schaffung eines horizontalen europäischen Strategierahmens für die Modernisierung der Industrie;
2. die Stärkung des gemeinsamen Engagements für die Industrie 4.0, Investitionsförderungsmaßnahmen in den entsprechenden Bereichen sowie in Datenschutz und IT-Sicherheit;
3. die Überprüfung der Innovationspolitik auf nationaler und EU-Ebene;
4. eine bessere Nutzung der bestehenden Innovationsförderung;
5. die Unterstützung überregionaler Kooperationen und die Koordination von Investitionen in die industrielle Modernisierung;
6. die Einführung des EU-Patents;
7. die Stärkung von Investitionen in die Breitband-Infrastruktur und die Einführung eines leistungsfähigen Giganetzes bis 2025;
8. die Entwicklung einer gemeinsamen Haltung zu neuen, technisch fortschrittlichen Mobilitätsformen wie automatisiertes Fahren, E-Mobilität und Carsharing;
9. die Anregung und Durchführung von IPCEI-Projekten (wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse) zu zentralen Basistechnologien;
10. die Entwicklung eines umfassenden Strategieansatzes zur Regulierung des Gütermarktes;
11. die Förderung von Unternehmertum und neuen industriellen Geschäftsmodellen;
12. die Sicherung der Unternehmensfinanzierung.

Wir sind überzeugt vom Wert einer engen Zusammenarbeit und sehen der gemeinsamen Anstrengung, diese Ziele zu erreichen und unsere Kooperation zur Förderung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU im regen Dialog mit den entsprechenden Regierungen und EU-Institutionen fortzusetzen, mit Zuversicht entgegen.